



Die Kassen klingeln

Kürzlich wurde im Parlament einem Vorstoss zugestimmt, bestimmte Autos kräftiger zu sanktionieren. In der gleichen Session wurde postuliert, lärmende Autofahrer mittels Lärmblitzer büssen zu können.

Die abgelaufene Frühjahrs-session des eidgenössischen Parlaments in Bern hat es erneut gezeigt: Die Autofahrer sind die Miserablen im Land und man kann sie dank des Nummernschilds leicht eruiieren und büssen. So helfen sie den Gemeinde-, Kantons- und Bundeskassen.

Mehr Sanktionsgelder

Dass eine Motion angenommen wurde, die verlangt, bestimmte Autos über die CO₂-Sanktionen nicht mehr moderater zu behandeln als stark verbreitete Personenwagen, war nachdem der «bürgerliche» Ständerat das Anliegen schon am 15. September 2020 angenommen hatte, war keine Überraschung, weshalb die betroffenen Importeure beziehungsweise Garagisten nun viele Fahrzeuge der betroffenen Autogattung bis zur Inkraftsetzung mit einer Tageszulassung auf Vorrat einlösen werden. Ferrari wird die Schweiz ausnahmsweise bevorzugt beliefern.

Damit stehen weiterhin Neuwagen zum Verkauf für eine solvente Käuferschaft bereit und diese zahlt somit aufgrund von Mehrwertsteuern sowie vier Prozent Autosteuern und pauschal geregelten Sanktionszahlungen sehr ordentlich in die Bundeskasse ein.

Darum ging es

Wie üblich hat sich die Schweiz bei Regelungen — in diesem Fall den CO₂-Normen von neuen PW — der EU angeschlossen. Brüssel hatte für einige Autohersteller Ausnahmen etabliert. Die Ausnahmen betreffen Kleinhersteller, die europaweit weniger als 10 000 Neuzulassungen im Jahr realisieren, es geht schliesslich um Arbeitsplätze. Auch Hersteller, die unter 300 000 Einheiten pro Jahr registrieren, wurden von den strengen Vorgaben ausgenommen. Die EU beendet dieses Abkommen per 2028. In Europa werden jährlich zwischen 12 und 17 Millionen PWs neu zum Verkehr zugelassen. In der Schweiz sind es in guten Zeiten etwa 300 000 Fahrzeuge.

Davon sind rund 15 000 Einheiten von der nun abgesegneten Neuordnung betroffen. Der Luzerner Ständerat Damian Müller hatte bei seinem Vorstoss vor allem die erstgenannte Kategorie im Visier. Darin tummeln sich vorwiegend Sportwagenhersteller wie Aston Martin, Ferrari und Lamborghini sowie die Exklusivmarken Bentley und Rolls Royce. Er hat übersehen, dass sich darunter Marken befinden — beispielsweise Ferrari, Lamborghini, Bentley und Rolls Royce —, die sich im Flottenverbrauch hinter ihren Konzernschwestern einreihen können, sofern diese ihre Ziele erreichen, was absehbar realistisch ist. Es verbleiben Aston Martin, McLaren, und Cadillac (erstgenannte Kategorie) sowie Subaru und Suzuki, die vor allem in den Bergen beliebt sind. Schliesslich Kleinstmarken wie Caterham mit bislang einer Pauschalregelung von durchschnittlich 6000 Franken Sanktion pro Fahrzeug. Theoretisch sind für die Exklusivautos demnächst 20 000 Franken und mehr an Sanktionszahlungen pro Einheit

Was meinen Sie dazu?

Schreiben Sie uns: redaktion@auto-illustrierte.ch oder per Post: auto-illustrierte, Schützenstrasse 19, 8902 Urdorf

Betroffen sind Supersportwagen à la Ferrari, Lamborghini und Exklusivmarken wie Rolls-Royce.

fällig. Für einen Subaru- oder Suzuki sind es im Schnitt rund 1500 Franken zusätzlich. Die Schweiz mit der höchsten Ferrari-Dichte weltweit ist dank Müller vorbildlicher als die EU!

Überraschung von der FDP

Die Überraschung in der Causa Damian Müller ist weder der Punkt, dass sein Vorstoss angenommen wurde, noch der, welche Hersteller es betrifft, sondern der Fakt, dass der Initiant der FDP angehört. Der Luzerner hat es als im Jahr 1984 Geborener in vergleichsweise jungen Jahren bereits ins Stöckli gebracht und seine Omnipräsenz zielt auf noch höhere Weihen.



Ständerat Damian Müller (FDP/LU) arbeitet im 40-Prozent-Pensum bei Swiss Life.

Motion Damian Müller FDP/LU

«Der Bundesrat wird beauftragt, die Verordnung des CO₂-Gesetzes dahingehend zu ergänzen, dass für Fahrzeuge von Klein- und Nischenherstellern dieselben CO₂-Zielvorgaben gelten wie für die übrigen Fahrzeugmarken. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.» Der Vorstoss von Damian Müller «Packt an. Setzt um» wurde am 10. März mit 123 zu 54 Stimmen angenommen. Die Umsetzung tritt frühestens per 1. Januar 2022 in Kraft. Die betroffenen Hersteller werden gegen Ende des Jahres bevorzugt die Schweiz beliefern. Danach geht es steil bergab mit den Ferrari- und Rolls Royce-Zahlen und es kostet den Bund Fiskaleinnahmen.

Für die Liberalen in der Gesellschaft bleibt also die Frage, wieso dieser Opportunist nicht rechtzeitig eingebremst wurde. Als FDP-Mitglied ist er nicht glaubhaft. Die linke Seite im Grossen Rat stimmte seiner Motion erwartungsgemäss einstimmig zu. Die Mitte grösstenteils, inklusive ihres Parteipräsidenten. Auch der Fraktionsvorsitzende der FDP sowie viele andere Liberale waren dafür. Die Parteipräsidentin der FDP war an einer Schulung, ein Parteifreund der Zürcher Banker, nahm an der Abstimmung nicht teil. Und die SVP votierte geschlossen dagegen.

Was passieren wird

Die Garagisten beginnen, junge, künstlich zu Occasionen gemachte Sportwagen aus Deutschland zu importieren. Ungefähr so, wie es die skandinavischen Garagisten wegen der dortigen Luxussteuern längst praktizieren. Vor allem mit Exklusivfahrzeugen auch aus der Schweiz. Von den Reichen lernt man bekanntlich sparen. Dem Klimaschutz ist damit nicht gedient und der darbenden FDP sowieso nicht. Eine klare Parteirichtlinie lässt sich längst nicht mehr ausmachen.

In Zukunft Lärmblitzer

Über drohende Lärmblitzer wurde in der ai 03/2021 aufmerksam gemacht, und in der ai 04/2021 wurde

über die aktuelle Handhabung der Polizei berichtet. Es zeigte sich: Man hat das Problem der zu lauten Autos gut und seriös im Griff. Trotzdem hat der Nationalrat in der Frühjahrssession – wie oben beschrieben – zusätzliche Massnahmen abgesegnet. «Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren» nannte sich das Postulat. Der Weg wird für so genannte Lärmblitzer frei gemacht, um Jagd auf Strassenlärm zu machen.

Und da Autos Nummernschilder tragen, wird dies funktionieren und Geld in die Kassen spülen. An der Abstimmung das gleiche Bild wie oben: Linke und Grüne sind einstimmig dafür. Der CO₂-Präsident der SP konnte es sich leisten, an der Abstimmung nicht teilzunehmen. Er war sich eines Teils der Bürgerlichen sicher. Und so war es. Die SVP, inklusive Köppel und Martullo, war einstimmig dagegen. Die Mitte stimmte mit 6 zu 23 dafür und die Freisinnigen, die sich gerne der Mitte zuordnen, votierten zu 65 Prozent, ohne abwesende Parteipräsidentin, aber inklusive Fraktionschef, mit Ja.

Picken wir abschliessend noch heraus: Rechtsteiner AI/Die Mitte: ja, Markwalder FDP/BE: ja, Borlaz FDP/VD: ja, Portmann FDP/ZH: ja, Cottier FDP/NE: ja, De Montmollin FDP/GE: nein, Bourgeois FDP/FR: nein, Schneeberger FDP/BL: nein, Dobler FDP/SG: nein. Damit Freunde des Automobilmus eine ungefähre Ahnung davon haben, wie gewisse Persönlichkeiten ticken. Die nächsten Wahlen kommen bestimmt. Aber man muss halt auch mitmachen.

Text: Jürg Wick

Die Meinung des Autors entspricht nicht zwingend der der Redaktion.